

DEUTSCHER BUNDESTAG

Enquete-Kommission
"Aufarbeitung von Geschichte
und Folgen der SED-Diktatur
in Deutschland"
- Sekretariat -

5300 Bonn 1, den 2. Juli 1992
Bundeshaus
Telefon: (0228) 16-5195
Telefax: (0228) 16-85023

Wers. am 2.7. Roe

Protokoll

der Obleutebesprechung

am Montag, dem 23. Juni 1992, NH Zi 2504, Beginn 18.30 Uhr

anwesend sind: Abg. Eppelmann (CDU/CSU) - Vorsitzender -
Abg. Frau Dr. Wilms (CDU/CSU)
Abg. Meckel (SPD)
Abg. Hansen (F.D.P.)
Abg. Dr. Keller (PDS/LL)
Abg. Poppe (Die Grünen/Bündnis 90)
MR Dr. Lehberg
Frau Dr. Jansen

1. Rahmenplan

Abg. Frau Dr. Wilms (CDU/CSU) legt für die Fraktionen der CDU/CSU und der F.D.P den Entwurf eines Rahmenplans für die künftige Kommissionsarbeit vor (s. Anlage). Sie trägt den wesentlichen Inhalt des Entwurfs vor.

Abg. Hansen (F.D.P.) bringt die Zustimmung seiner Fraktion zu diesem Rahmenplan zum Ausdruck und erklärt, er halte es für notwendig, daß die Kommission bei ihrer Arbeit häufig an die Öffentlichkeit geht.

Abg. Meckel (SPD) äußert grundsätzliche Zustimmung zu dem Entwurf, hat aber Zweifel, ob es möglich sein werde, den vollen Inhalt des Rahmenplans in dieser Legislaturperiode zu bearbeiten. Er schlägt vor, zunächst über die Themenfelder zu beraten. Seine Fraktion gehe im Unterschied zum eben vorgelegten Rahmenplan von weniger Themenkomplexen, nämlich nur von vier aus. Sie lauteten wie folgt:

1. Strukturen, Instrumente und Verantwortlichkeiten
2. Ideologie, integrative Faktoren und disziplinierende Praktiken
3. Möglichkeiten und Formen abweichenden und widerständigen Verhaltens einschl. Kirchen
4. Die Deutschlandpolitik im nationalen und internationalen Umfeld

Seine Fraktion plädiere für zwei Anhörungen.

Zu der ersten Anhörung sollten andere Träger von Aufarbeitung eingeladen werden, um mit ihnen in Kontakt zu kommen und um auch in Erfahrung zu bringen, was bereits an anderer Stelle an Aufarbeitung geschehe.

Ein zweiter Teil einer solchen Veranstaltung solle das Thema "Regierungskriminalität" und "justitielle Aufarbeitung" behandeln.

Eine solche Veranstaltung könne Ende September/Anfang Oktober an zwei Tagen stattfinden.

Anschließend wären die vier Themenkomplexe, die er bereits genannt habe, zu bearbeiten.

Hinsichtlich dieses Rahmenplans solle in der Sitzung am 30.6.1992 möglichst schon eine vollständige Festlegung erfolgen, jedenfalls aber eine solche hinsichtlich des ersten Themenkomplexes.

Am 30.6.1992 sollten auch schon Berichterstattergruppen festgelegt werden.

Im Herbst solle dann die Anhörung mit Opfern veranstaltet werden.

Punkt 9 des Papiers der CDU/CSU, nämlich die friedliche Revolution im Herbst 1989 und die Wiedervereinigung Deutschlands könne zusammen mit Punkt 6 dieses Papiers beraten werden, nämlich mit Möglichkeiten und Formen abweichenden oder widerständigen Verhaltens und oppositionellen Handelns.

Abg. Poppe (Bündnis 90/Die Grünen) erklärt sich mit der Methodik des Papiers der CDU/CSU-Fraktion einverstanden. Er teilt die Auffassung von Abg. Meckel (SPD), wonach Punkt 9 zusammen mit Punkt 6 des Papiers der CDU/CSU behandelt werden solle. In dem Zusammenhang mit Punkt 6 solle auch das Jahr 1968 ausdrücklich genannt und behandelt werden.

Die Wirtschaft als eigenen Punkt zu behandeln, halte er nicht für erforderlich. Die Wirtschaft solle vielmehr unter Punkt 1 mitberaten werden.

Seiner Auffassung nach sei es erforderlich, gegen Ende der Beratungen auf die Konsequenzen einzugehen, die sich für die weitere Rehabilitierung von Opfern aufdrängten.

Die Sonderveranstaltung am 17.6.1993 sehe er als eine gute Idee an.

Bis Freitag werde er die Vorstellungen seiner Gruppe dem Sekretariat schriftlich zukommen lassen.

Der Vorsitzende faßt die bisherige Diskussion dahin zusammen, daß es unterschiedliche Auffassungen gebe, was die Zahl der Themenkomplexe angehe. Ihr Zahl schwanke zwischen vier und sechs Komplexen. Seiner Auffassung nach solle für jeden dieser Hauptteile eine Anhörung stattfinden. Dies halte er für erforderlich, damit deutlich wird, daß in der Enquete-Kommission etwas passiert.

Gleichsam als Prolog solle die Enquete-Kommission darüber hinaus zu vier Vorträgen einladen, die von exzellenten Fachleuten gehalten werden sollten. Den ersten der Vorträge sollte Willy Brand halten, und zwar zum Thema "Der Weltkrieg und seiner Folgen".

Für einen zweiten Vortrag unter dem Thema "Interessen der Alliierten in bezug auf Deutschland" sollte Prof. Dr. Wilhelm G. Grewe gewonnen werden.

Einen dritten Vortrag könnte Prof. Dr. Hans-Peter Schwarz zum Thema "Vom Reich zur Bundesrepublik" halten.

Für ein viertes Thema, nämlich "Russische Nachkriegspolitik" sollte Prof. Dr. W. Daschitschew gewonnen werden.

Abg. Meckel (SPD) will sich heute nicht zu den einzelnen Anstrichen unter den Punkten im Papier der CDU/CSU äußern. Dies hält er nicht für sinnvoll, bevor man sich über die Grundstruktur geeinigt habe. Heute jedoch müsse man die Grundstruktur in den Blick nehmen. Seiner Auffassung nach solle man wie gesagt zu vier Hauptkomplexen gelangen und für deren Bearbeitung genaue Zeiträume festlegen.

Abg. Poppe (Bündnis 90/Die Grünen) wiederholt seine Auffassung, daß die Wirtschaft, also Punkt 5 des Papiers der CDU/CSU-Fraktion, zusammen mit Punkt 1 behandelt werden solle.

Bei den Punkten 1 und 2 des Papiers der CDU/CSU solle es im übrigen bleiben. Er halte es auch für richtig, die Justiz und die Staatssicherheit als einen gesonderten Komplex zu behandeln, wie dies in Punkt 3 des Papiers der CDU/CSU zum Ausdruck gelange. Bei diesem Punkt werde es sich um einen Schwerpunkt handeln. Punkt 4 solle die Deutschlandpolitik in nationalen und internationalen Umfeld darstellen.

Punkt 5 könnte die Möglichkeiten und Formen abweichenden und widerständigen Verhaltens und oppositionellen Handels sein, angereichert mit Punkt 9 des Papiers "Die friedliche Revolution im Herbst 1989", auch die Kirchen könnten hier angesprochen werden.

Abg. Hansen (F.D.P.) stimmt der Aufteilung in die von Abg. Poppe (Bündnis 90/Die Grünen) genannten Themenfelder zu, hielte es jedoch für richtig, die Kirchen gesondert in einem sechsten Punkt zu behandeln.

Die Wirtschaft könne auch nach seiner Auffassung beim ersten Thema mitbehandelt werden.

Der Vorsitzende ist der Ansicht, daß das Thema "Wirtschaft" möglicherweise an mehreren Stellen behandelt werden müsse. Für wichtig halte er auch die zeitliche Überlappung der Behandlung von Themen. Man müsse sich die Frage stellen, wo brauche man mehr Zeit und wo brauche man weniger.

Abg. Frau Dr. Wilms (CDU/CSU) teilt die bislang einvernehmlich geäußerte Auffassung, wonach Punkt 8 "Wirtschaft" zusammen mit Punkt 1 behandelt werden solle. Es werde in diesem Falle allerdings erforderlich sein, zum Thema "Wirtschaft" Gutachten oder Expertisen zu vergeben, da zu diesem Thema ein Sachverständiger nicht in der Kommission sei. Ebenso wie Abg. Hansen (F.D.P.) meine sie, daß die Kirchen nicht zusammen mit dem oppositionellen Verhalten behandelt werden sollten. Bei dem im Papier der CDU/CSU genannten Forum unter Punkt 5 solle es ihrer Auffassung nach bleiben.

Die Fraktion der CDU/CSU sei dafür, noch in diesem Jahr eine Opferanhörung vorzunehmen. Im Hinblick auf diese Opferanhörung solle bis September schon Sachkundiges zusammengetragen werden. Sie denke hier an den Personenkreis, an Fragen und den Ablauf einer solchen Opferanhörung.

Sie hätte nichts dagegen, wenn mehr intern und ohne große Öffentlichkeit schon vorher Gespräche mit Organisationen und Gruppen geführt würden, die sich bereits mit dem Thema "Aufarbeitung" befaßten.

Abg. Frau Dr. Wilms spricht sich sodann dafür aus, schon am 30.6.1992 eine Berichterstattergruppe zum ersten Themenfeld "Machterhalt" zu bestimmen. Eine weitere Berichterstattergruppe solle die Opferanhörung vorbereiten.

Der Vorsitzende weist noch einmal auf den bisherigen Stand der Aussprache hin, wonach das Thema "Justiz" als eigenes Thema be-

handelt werden sollte. In diesem Sinne habe sich neben Frau Abg. Dr. Wilms Abg. Poppe und Abg. Hansen geäußert.

Das Thema "Wirtschaft" sollte dem Thema 1 zugeschlagen werden, jedoch werde es erforderlich sein, unter diesen Umständen zum Thema "Wirtschaft" Expertisen nach draußen zu vergeben.

Abg. Meckel (SPD) wiederholt sein Anliegen, zu vier Themenkomplexen zu gelangen und sich hinsichtlich der Zeiträume zu einigen, in denen diese Themen behandelt werden sollten.

Abg. Frau Dr. Wilms (CDU/CSU) erklärt demgegenüber, daß die Fraktion der CDU/CSU eine Aufteilung in sechs Themenfelder für unverzichtbar halte.

Diese Themenfelder sollten folgende sein:

1. Machterhalt, dazu komme das Thema "Wirtschaft"
2. Ideologie, integrative Faktoren
3. Justiz
4. Die Deutschlandpolitik im nationalen und internationalen Umfeld
5. Oppositionelles Verhalten zusammen mit dem Punkt 9 des Papiers der CDU/CSU, also dem Herbst 1989
6. Die Kirchen

Die Einigung auf Zeiträume, wie sie z. B. Abg. Meckel schon vorgeschlagen habe, halte auch sie für erforderlich.

Der Vorsitzende hielt es für sinnvoll, dem Anliegen der SPD-Fraktion, zwei Anhörungen noch in diesem Jahr vorzunehmen, dadurch entgegenzukommen, daß man am 29. und 30. September 1992 eine Veranstaltung abhält, zu der bestimmte Gruppen geladen werden und zu der die Öffentlichkeit dadurch hergestellt wird, daß die Presse Zugang erhält.

Am 29. September 1992 könnte man sich mit dem Thema "Regierungskriminalität" und "Justiz" in Form einer Anhörung befassen. Am 30. September 1992 könnte evtl. in Berlin ein Symposium stattfinden, zu dem Gruppen eingeladen werden, die sich ebenfalls mit Aufarbeitung befassen. Diesen Gruppen sollte bei dieser Veranstaltung die Möglichkeit gegeben werden, ihre Arbeit darzustellen.

Abg. Meckel (SPD) befürwortet eine solche Veranstaltung am 29./30. September 1992. Wenn am zweiten Tage Organisationen und Gruppen eingeladen würden, die sich ebenfalls mit Aufarbeitung befaßten, so würde es darum gehen, daß von Seiten der Enquete-Kommission dargestellt wird, welche Arbeit sie leisten wolle. Von Seiten der Organisationen und Gruppen wäre vorzutragen, wie ihre Tätigkeit aussehe und was ihrer Auffassung nach von der Enquete-Kommission geleistet werden müsse. Er würde es auch als wichtig ansehen, daß die Gruppen untereinander bekanntgemacht werden und untereinander ins Gespräch kommen. Seines Wissens werde es etwa 30 bis 50 Gruppen geben, die gegenwärtig schon Aufarbeitung betrieben. Diese solle man einladen, aber nur einige von Ihnen würden zu Wort kommen können.

Abg. Keller (PDS/LL) bittet darum, im Rahmenplan nicht die Begriffe "Totalitär" und "Unrechtstaat" zu verwenden, die in der Aufgabenbeschreibung in der Bundestagsdrucksache 12/2597 nicht verwandt würden.

Der Vorsitzende stellt abschließend fest, das Sekretariat solle auf der Grundlage der Vorlage der Fraktion der CDU/CSU ein Papier erstellen, worin das in in der heutigen Obleutebesprechung zum Ausdruck gekommene Ergebnis eingearbeitet sei.

In einem weiteren Gespräch würden dann Abg. Frau Dr. Wilms und Abg. Meckel versuchen, zu einer endgültigen Einigung zu gelangen. Dieses Gespräch solle am Montag, den 29. Juni 1992 um 18.00 Uhr in den Räumen der Enquete-Kommission stattfinden.

Der Vorsitzende macht auch darauf aufmerksam, daß am 30. Juni 1992 drei Berichterstattergruppen eingesetzt werden sollten.

Eine zum Thema "Machterhalt", eine mit dem Thema Opferanhörung und eine dritte zum Thema "Regierungskriminalität" und zu anderen Aufarbeitungsträgern.